

Mehr Sonnenstrom belastet die Netze

Land und Bund suchen nach Möglichkeiten, wegfallendes Erdgas aus Russland zu ersetzen. Eine Idee: mehr Strom aus Photovoltaikanlagen – was diese ins Netz speisen, ist nämlich bisher gedeckelt. Doch Netzbetreiber sind skeptisch.

VON HANNA SPANHEL

STUTT GART. Die baden-württembergische Umweltministerin setzt sich dafür ein, dass künftig mehr Energie aus Photovoltaik-(PV-)Anlagen in die Stromnetze eingespeist werden kann. Derzeit gilt für PV-Anlagen bis zu einer Leistung von 25 Kilowatt, dass maximal 70 Prozent des erzeugten Stroms ins Netz eingespeist werden dürfen – der Rest muss selbst verbraucht werden oder bleibt ungenutzt. Doch wegen der befürchteten Gasengpässe wollen Bund und Land verstärkt Energie aus erneuerbaren Quellen nutzen. So soll Erdgas aus dem Strombereich verdrängt werden. Die sogenannte Kapazitätsgrenze solle für bestehende wie für Neuanlagen fallen, schrieb Thekla Walker nun an Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (beide Grüne) – und zwar „so schnell wie möglich“.

Tatsächlich könnte sich an der Einspeiseregulation schon bald etwas ändern: „Damit Solaranlagen mehr Strom einspeisen können, ist angestrebt, die 70-Prozent-Kapazitätsregel für Bestandsanlagen zu streichen“, sagt eine Sprecherin des Bundeswirtschaftsministeriums auf Anfrage. Für neue Solaranlagen gilt dies ab dem 1. Januar 2023 sowieso. „Derartige Maßnahmen verlangen gesetzliche Änderungen, die eng innerhalb der Bundesregierung abgestimmt werden“, meint die Sprecherin.

Doch Netzbetreiber sind skeptisch. „Aus unserer Sicht lässt sich durch die Abschaffung der 70-Prozent-Begrenzung kaum etwas gewinnen“, sagt eine Sprecherin der Energie Baden-Württemberg (EnBW). Das Nutzenpotenzial betrage nur etwa fünf Prozent der Jahresenergiemenge, im Winter entstände gar kein Nutzen. Auch müsse man die technisch nötigen Änderungen zunächst betriebswirtschaftlich bewerten. Aus Sicht des EnBW-Betreibers Netze BW ist eine Begrenzung dessen, was eingespeist werden kann, „sinnvoll und wichtig“: Einerseits, um



Sehr gefragt: Die Wartezeiten für die Installation neuer Solaranlagen sind lang. Foto: dpa/M. Murat

die Integration von Erneuerbare-Energien-Anlagen zu beschleunigen und andererseits, um kostspieligen Netzausbau „zu vermeiden oder zu verzögern“.

Der Grund für diese Zurückhaltung ist die Kapazität der Stromnetze. Denn schon heute sind laut EnBW viele Netze im Land „an der Grenze ihrer Aufnahmefähigkeit“, häufig müssten Erzeugungsanlagen aufgrund von Netzengpässen abgeschaltet werden. Der Ausbau der erneuerbaren Energien stellt dem Betreiber zufolge eine „enorme Herausforderung“ dar. In Städten kommen teils hohe Auslastungen durch den Einsatz von Kli-

mageräten hinzu, auf dem Land durch Einspeisungen von PV- oder Windanlagen.

Die Kappung hilft aus Sicht des Betreibers, die Netzbelastung beherrschen zu können. Sollte die 70-Prozent-Regelung für bestimmte PV-Anlagen entfallen, wäre es laut EnBW sinnvoll oder notwendig, diese durch eine direkte Steuerungsmöglichkeit für Netzbetreiber zu ersetzen. Dann könnte die Netzstabilität mit intelligenten Messsystemen überprüft und es könnte gegebenenfalls eingeschritten werden.

Auch die Branche zeigt sich eher zurückhaltend, was eine Aufhebung der 70-Pro-

Höhere Produktion von Biogas

Regelung Baden-Württemberg hat für eine Ausweitung der Produktion von Biogas plädiert. Nun leitet der Bund Regelungen ein, um die erhöhte Ausschöpfung der Produktionskapazitäten bestehender Biogas- und Biomethananlagen bis April 2023 vorübergehend zu ermöglichen. Das geht aus einem Schreiben von Umweltministerin Thekla Walker an Bundeswirtschaftsminister Habeck (beide Grüne) hervor.

Steigerung Laut dem Hauptstadtbüro Bioenergie könnte so eine Steigerung bei der Energiebereitstellung von rund 20 Prozent erfolgen – bezogen auf Deutschland. hsp

zent-Kapazitätsgrenze zumindest für alte Anlagen anbelangt. „Ein kurzfristiger Gewinn an Strom für den Winter ist durch die Aufhebung nicht zu erwarten“, sagt Jan Binder, stellvertretender Geschäftsführer des Verbands Solar Cluster Baden-Württemberg. „Außerdem würde die Aktion Kräfte binden, um neue PV-Anlagen zu installieren.“ Um die Regelung für alte Anlagen aufzuheben, bräuhete es nämlich laut dem Verband eine individuelle Prüfung. Gegebenenfalls müssten dann Abschaltvorrichtungen eingebaut werden, falls Überspannungen im Netz drohen. Bei neuen PV-Anlagen dagegen könne eine entsprechende Prüfung direkt gemacht werden – hier könnte die Grenze für die eingespeiste Energiemenge aus Binders Sicht sofort fallen.

Beim Umweltministerium in Stuttgart weiß man um die begrenzten Kapazitäten der Stromnetze in einigen Landesteilen – und darum, dass der Netzanschluss von Erneuerbare-Energien-Anlagen aus diesem Grund dort nur „mit Verzögerung“ erfolgt. Das Land sieht allerdings auch die Betreiber der Stromnetze in der Verantwortung, gegebenenfalls die Netze zu optimieren.

Politik will mehr Solarstrom im Netz erlauben

Landesumweltministerin Walker setzt sich für eine höhere Einspeisung aus Photovoltaikanlagen ein.

STUTT GART. Wegen der befürchteten Gasengpässe wollen Bund und Land verstärkt Energie aus erneuerbaren Quellen nutzen. Die baden-württembergische Umweltministerin Thekla Walker setzt sich dafür ein, dass künftig mehr Energie aus Photovoltaikanlagen in die Stromnetze eingespeist werden kann. Derzeit gilt für Anlagen bis zu einer Leistung von 25 Kilowatt, dass maximal 70 Prozent des erzeugten Stroms ins Netz eingespeist werden dürfen – der Rest muss selbst verbraucht werden oder bleibt ungenutzt. Die Bundesregierung bestätigt ihrerseits entsprechende Pläne.

Netzbetreiber sind allerdings skeptisch. „Aus unserer Sicht lässt sich durch die Abschaffung der 70-Prozent-Begrenzung kaum etwas gewinnen“, sagt eine Sprecherin der Energie Baden-Württemberg (EnBW). hsp